



2017/16 Inland

<https://shop.jungle.world/artikel/2017/16/die-versproedung-des-atomausstiegs>

Die Bundesregierung ist besorgt über marode Reaktoren in den Nachbarländern

Die Verspödung des Atomausstiegs

Von **Detlef zum Winkel**

Die Bundesregierung hat Schwierigkeiten, ihre europäischen Nachbarn von der Abschaltung maroder Atomanlagen zu überzeugen.

Mit leeren Händen dazustehen, ist nicht schön. Aber so sei es nun mal, wenn man nichts machen könne, befand die Bundesumweltministerin jüngst. Barbara Hendricks (SPD) hatte sich bei der belgischen Regierung für die Abschaltung des 35 Jahre alten, rissigen Atomreaktors Tihange 2 nahe Lüttich (Jungle World 41/16) eingesetzt – vergeblich. Ihre Genossinnen Hannelore Kraft, die Ministerpräsidentin von Nordrhein-Westfalen, und Malu Dreyer, die Ministerpräsidentin von Rheinland-Pfalz, hatten in dieser Angelegenheit Briefe an den belgischen Premierminister Charles Michel geschrieben – ohne Erfolg. Die Städtereion Aachen hatte vor einem belgischen Gericht gegen den gefährlichen Betrieb des von vielen Pannen heimgesuchten Meilers geklagt – vergebens. Bürgerinitiativen in Belgien, Frankreich, Deutschland und den Niederlanden protestieren seit Jahrzehnten gegen das Atomkraftwerk (AKW) – umsonst. Die Grünen beantragten im Bundestag, die Belieferung der belgischen Anlage durch die deutsche Brennelementefabrik ANF in Lingen zu unterbinden – der Antrag wurde abgeschmettert.

Tihange 2 und der ähnlich problematische, ebenso alte Reaktor Doel 3 bei Antwerpen sind nach den langen Ausfallzeiten von 2013 bis 2015 seit 15 Monaten wieder am Netz. Im vergangenen Jahr erreichte der Anteil aller belgischen AKW an der Elektrizitätserzeugung des Landes wieder die früher üblichen 50 Prozent. Was die Abhängigkeit von Atomstrom angeht, liegt Belgien in Europa auf dem dritten Platz, übertroffen nur von Frankreich und der Slowakei, gleichauf mit Ungarn und gefolgt von Schweden und der Schweiz.

Auch die Eidgenossen stehen zu ihren musealen Industrieanlagen. Ohne greifbare Ergebnisse blieben die Proteste schweizerischer und deutscher Atomkraftgegner gegen das älteste europäische AKW in Beznau, das zwischen Basel und Zürich liegt und seit 1969 in Betrieb ist. Die Schweizerinnen und Schweizer entschieden in einer Volksabstimmung vom November 2016 mit deutlicher Mehrheit, den Atomausstieg keinesfalls hektisch anzugehen, die Restlaufzeit der AKW des Landes wurde nicht verkürzt.

Was das marode AKW Fessenheim im Elsass angeht, kann Ministerin Hendricks noch weniger vorweisen als in der Auseinandersetzung um Tihange 2. Zum wiederholten Mal versprach die französische Regierung vor zwei Wochen, das Werk stillzulegen. Um ihre feste sozialistische Entschlossenheit zu demonstrieren, legte die französische Umweltministerin Ségolène Royal

dieser Tage sogar ein Dekret vor – ein Dekret! – und ließ es von Bernard Cazeneuve – vom Premierminister! – unterzeichnen. Die Stilllegung sei jedoch ein mehrmonatiger Prozess, gab die französische Regierung zu bedenken, der erst beginnen könne, wenn die Elektrizitätsgesellschaft EDF als Betreiber den entsprechenden Antrag gestellt habe. Die EDF wiederum hat zugesagt, den Antrag einzureichen – aber erst, wenn der sogenannte Europäische Druckwasserreaktor (EPR) Flamanville 3, der in der Normandie auf seine Betriebserlaubnis wartet, anfahren darf.

Mit diesem Ergebnis war vor einem halben Jahr bereits Winfried Kretschmann (Grüne) von einem Treffen mit Royal aus Paris zurückgekehrt. Fessenheim werde abgeschaltet, hatte der baden-württembergische Ministerpräsident zufrieden berichtet, das sei sicher. Nur die Terminfrage sei »nicht ganz unkompliziert«. Sie hänge damit zusammen, wann der EPR am Ärmelkanal ans Netz gehe.

Soll sich also eine baldige Genehmigung für Flamanville 3 wünschen, wer das 40 Jahre alte AKW Fessenheim endlich loswerden möchte? Damit auf diese Weise vielleicht auch die Abschaltung anderer europäischer Altreaktoren wahrscheinlicher wird? Das ist der Plan der französischen Umweltministerin und ihres Präsidenten. Die französische »Sortir du nucléaire« warnt seit langem vor diesem politischen Spiel. Denn beim neuen EPR hapert es wie bei den aufgeführten alten Reaktoren am Kernstück, dem Reaktordruckbehälter. Das französische Stahlunternehmen Creusot Forge war nicht in der Lage, ihn in der angeforderten Qualität herzustellen. Der Stahl weist einen zu hohen Anteil an Kohlenstoff auf, was die Widerstandsfähigkeit des Druckbehälters in gefährlicher Weise vermindern kann. Mit dieser Information, die einem Offenbarungseid gleichkommt, rückte der Reaktorhersteller Areva jedoch erst heraus, nachdem der Reaktordruckbehälter in Flamanville bereits eingebaut worden war. Dazu ist Creusot Forge eine Tochtergesellschaft von Areva. Wie der Sender France Inter am 31. März enthüllte, waren die Unzulänglichkeiten bei dem Stahlbetrieb bereits seit 2005 bekannt und Gegenstand eines jahrelangen Briefwechsels zwischen Areva und der französischen Atomaufsicht ASN.

Mit der Materialprüfung des französischen Areva-Reaktors wurde kein unabhängiges Institut beauftragt, sondern ein deutsches Tochterunternehmen: Areva Erlangen.

Doch Areva verlor deshalb nicht etwa die Lizenz. Der Reaktorhersteller einigte sich mit der Aufsichtsbehörde auf zusätzliche Materialprüfungen. Damit wurde nicht etwa ein unabhängiges Institut beauftragt, sondern ein deutsches Tochterunternehmen: Areva Erlangen. Da kann man nichts machen, könnte Umweltministerin Hendricks sagen. In der freien Marktwirtschaft kann die Regierung einer Firma schließlich nicht diktieren, wie sie ihre Arbeit zu erledigen hat. Doch von Nuklearbetrieben verlangt das Atomgesetz besondere Zuverlässigkeit. Angesichts der Erfahrungen mit Areva in Frankreich wäre es mindestens vertretbar, die deutsche Niederlassung nachdrücklich auf die Gesetzeslage hinzuweisen und das Thema endlich einer größeren Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

In den belgischen Meilern Tihange und Doel weist der Stahl der Reaktordruckbehälter Tausende von Mikrorissen auf. Nach Ansicht des Betreibers Electrabel entstanden diese bereits vor 40 Jahren im Zuge des Schmiedens und haben sich seitdem nicht vergrößert. Mit dieser Einschätzung konnte das Unternehmen die belgische Atomaufsicht FANC überzeugen. Mit dieser waghalsigen These ignoriert Electrabel allerdings die Alterung des Materials und insbesondere die sogenannte Neutronenversprödung, also den Verschleiß des Reaktordruckbehälters durch

den andauernden Beschuss mit Neutronen. Das Wahrzeichen Brüssels, das – zum Thema passend – die atomare Gitterstruktur des Eisens darstellt, eignet sich für eine Veranschaulichung. Trifft man das Atomium mit einem Fußball, passiert ihm nichts. Wenn man allerdings die besten 10 000 Kicker und Kickerinnen der Welt über Jahrzehnte 24 Stunden am Tag aus allen Richtungen auf das Bauwerk schießen ließe, würde es irgendwann nachgeben, und zwar zuerst an den Stellen, die von Anfang an kleine, kaum wahrnehmbare Materialmängel aufwiesen.

Den Nachweis der Neutronenversprödung zu führen, wäre viel einfacher und billiger, als das Atomium zu beschießen. Deutschland verfügt über genügend stillgelegte AKW für ein entsprechendes Forschungsprogramm. Darauf hat die deutsche Materialforscherin Ilse Tweer in einer Studie für die Fraktion der Grünen im Europaparlament aufmerksam gemacht und auch gleich die Themen für eine entsprechende Untersuchung vorgeschlagen. Die »Beprobung von Reaktorkomponenten beim Rückbau von Kernkraftwerken« ist tatsächlich ein ausgezeichnete Vorschlag. Ob der nächste Atomunfall wartet, bis sich diese Idee durchgesetzt hat, ist eine andere Frage.